

Rede

des Bundesministers der Finanzen

Peer Steinbrück

Keine Schulden. Alle Chancen

anlässlich
der 1. Lesung des Bundeshaushaltes 2009

am 16. September 2008

im Deutschen Bundestag, Berlin

Zur Einordnung: Deutschland vor 5 Jahren und heute

Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ein Tag im politischen Deutschland:

„Finanzminister im Glück“, „Deutschland schreibt schwarze Zahlen“, „Staat erzielt 6,7 Mrd. € Überschuss“, „Spielraum für Steuersenkungen“, „Deutsche Wirtschaft fällt ins Stimmungstief“, „Auf Talfahrt“, „Die Angst ist wieder da“.

Diese Artikelüberschriften aus renommierten deutschen Tageszeitungen, wie sie gegensätzlicher nicht sein könnten, sind nicht etwa eine Collage aus Presseartikeln der letzten 3 Jahre. Sie sind das Ergebnis der Presseauswertung eines einzigen Tages – konkret des 27. August diesen Jahres.

Sie spiegeln eine manchmal schon absurde Züge annehmende wirtschafts- und finanzpolitische Diskussion eines einzigen Tages im politischen Berlin wider.

Sie wird weiter aufgemischt von diversen Chefvolkswirten vornehmlich aus Unternehmen der Finanzindustrie, die exakt wissen, wie es um die Volkswirtschaft steht und was Not tut. Wenn ich mir dann allerdings die Finanzmärkte und eine Reihe von Finanzinstituten angucke, drängt sich die Frage auf, warum diese Chefvolkswirte nicht denen stärker ihre Fähigkeiten haben zuteil kommen lassen.

Es finden sich schließlich Professoren mit bewundernswerten Prognosefähigkeiten. In einer Sonntagszeitung konnten acht befragte Professoren haargenau die Wahrscheinlichkeit einer Rezession beziffern. Schade nur, dass es von 5% bis 50% acht verschiedene Einschätzungen gab. Der Finanzexperte eines Kieler Instituts bietet sich gerne und regelmäßig als Kronzeuge dafür an, dass eine Wirtschaftszeitung mit der Behauptung aufmacht „Steinbrück verfehlt das Etatziel“.

Und selbstverständlich wissen Oppositionspolitiker ganz genau, dass uns wegen des absehbaren Konjunkturinbruchs der Bundeshaushalt um die Ohren fliegen wird. Merkwürdig ist nur, dass ich das bei den Beratungen der Haushalte 2006, 2007 und 2008 fast wortgleich auch gehört habe – mit der konkreten Erfahrung, dass die Jahresabschlüsse dann immer besser waren als das Soll in den jeweiligen Haushaltsplänen.

Die Wirtschaftskonjunktur dreht in einen Abschwung – das ist richtig – und damit springt die Konjunktur von Untergangspropheten und Krisenpredigern an.

Was meinen Sie, wie solche Stellungnahmen auf die Bürgerinnen und Bürger wirken? Insbesondere, wenn sie vermeintlichen Experten zugeordnet werden. Verwirrt und orientierungslos ist wahrscheinlich noch freundlich ausgedrückt – sicherlich auch fortschreitend politikverdrossen, weil unsere politischen Reaktionen den geweckten Erwartungen (mal wieder!) nicht nachkommen wollen oder vielmehr können.

Denn dieser vielstimmige Chor liefert Belege für politische Forderungen und Vorschläge. Die nennen sich Konjunkturprogramme, Antirezessionsprogramme oder Entlastungsprogramme. Jeder ist für Entlastung – ich auch.

Die Frage ist, ob das mit unserer finanzpolitischen Vernunft, mit unserem realistischen Sachverstand zu rechtfertigen ist – oder ob insbesondere unser politisches Handeln an Stringenz und Konsequenz verlieren würde. Was einen viel gefährlicheren Entzug von Vertrauen in die Politik bedeuten würde als die Weigerung, verständliche Wünsche zu erfüllen.

Da die Steuereinnahmen des Bundes immer noch nicht ausreichen, um heute keine neuen Schulden zu machen, sind flächendeckende Entlastungen über die bereits erfolgten oder in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen hinaus bis 2011 nur auf Pump möglich – genau wie in den letzten Jahrzehnten.

Und ich kenne in der Dimension von zweistelligen Milliardenbeträgen aufwärts keine realistischen Vorschläge, die über die von der Bundesregierung bereits geplanten Entlastungsmaßnahmen oder zu übernehmenden Verpflichtungen hinaus über Umschichtungen oder Kürzungen finanziert werden könnten. Also läuft es auf Pump hinaus.

Steuer- oder Ausgabengeschenke auf Pump engen aber unseren Handlungsspielraum immer weiter ein. Konkret heißt das: schon heute können wir nur noch fünf von sechs eingenommenen Steuereuros an die Menschen auch wieder zurückgeben. Jeder sechste Euro geht allein für Zinszahlungen an die Banken drauf. Das Geld ist weg, ohne das damit ein einziger Euro in die Schuldentilgung gesteckt worden wäre. Jeder Häuslebauer, jeder Mittelständler weiß, dass diese Situation gefährlich ist!

Steuerentlastungen oder Ausgabenprogramme auf Pump sind ein „vergiftetes Geschenk“. Denn am Ende müssen sie immer bezahlt werden - vor allem von denjenigen, die die Grundlast staatlicher Aufgaben finanzieren, also den Mittelschichten und den Mittelständlern, die mit höheren Steuern morgen zur Kasse gebeten werden.

Letztlich sind es immer wieder solche nicht nachhaltig finanzierten Geschenke, die langfristig zu einem Vertrauensverlust der Bürger in die Politik führen. Denn das dicke Ende, das kommt immer. Üblicherweise erst nach Jahren. Dann wird die Frage gestellt: Warum konnte die Politik das nicht früher verhindern?

Meine politische Erfahrung lautet: Was die Menschen von der Politik erwarten ist nicht Beliebigkeit und Sprunghaftigkeit. Sie erwarten von der Politik **Orientierung** – erst recht in Zeiten rasanter Umbrüche und erheblicher Verunsicherungen, wie sie mit der Globalisierung und dem demographischen Wandel unausweichlich verbunden sind.

Den Menschen Orientierung und Selbstvertrauen zu geben heißt, ihnen ein realistisches Bild zu zeichnen, aber auch einzuordnen, was in den letzten Jahren in unserem Land passiert ist und worauf wir Deutsche, alle zusammen(!), stolz sein können.

Durch Reformen hat die Politik in den letzten 5 Jahren dazu beigetragen, dass die deutsche Wirtschaft heute wesentlich robuster ist und es weniger Arbeitslose gibt.

Ohne die finanz-, haushalts- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre und ohne diverse Beiträge zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit hätte uns die anhaltende globale Finanzmarktkrise aus der Bahn werfen können.

Viele Experten – von der EU-Kommission bis zum IWF, der OECD und internationalen Studien - haben uns bestätigt: Es hat sich gelohnt, dass wir nach einem tiefen Fall nicht im Stillstand verharrten, sondern uns auf den Weg zu teilweise auch schmerzhaften Veränderungen gemacht haben, um wieder auf die Höhe der Zeit zu kommen.

Noch ist lange nicht alles geschafft. Aber wir haben heute ein Drittel weniger Arbeitslose als noch vor zweieinhalb Jahren! Rund 1,6 Mio. Menschen mehr haben wieder Arbeit. Das gibt ihnen und ihren Familien Zuversicht. Dabei hält der Aufbau sozialversicherungsspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse an: allein gegenüber dem Vorjahr verzeichnen wir hier ein Plus von 600.000 Stellen.

Was besonders erfreulich ist und was den Erfolg der Arbeitsmarktreformen belegt, ist die Tatsache, dass auch diejenigen profitieren, die früher kaum eine Chance hatten: die Langzeitarbeitslosen, die Jüngeren und die Älteren. Allein die Langzeitarbeitslosigkeit ist gegenüber dem Vorjahr mit minus 21% stärker zurückgegangen als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Der Aufschwung hat auch zu einer Trendwende in der Armutsentwicklung beigetragen. Zwischen 2005 und 2006 konnten 1,2 Mio. Menschen der Armut entfliehen.

Ich stimme Frank-Walter Steinmeier aber zu, dass es erheblich schwieriger geworden ist, unter den Bedingungen der Globalisierung Armut zu bekämpfen. Wir alle wissen, dass Arbeit und Bildung die besten Mittel sind, um Armut in Deutschland weiter zu bekämpfen.

Diese Erfolge sind gut für alle, die wieder im Arbeitsprozess sind und für ihre Familien. Wer hätte einen solchen Erfolg vor fünf Jahren erwartet? Und das in einem weltwirtschaftlichen Umfeld, das sich ja nicht langsamer verändert hat. China etwa, Indien, Brasilien, die Golfregion haben sich ja nicht langsamer entwickelt, im Gegenteil! Und trotzdem haben wir in Deutschland vieles verbessert. Vieles ist uns gelungen.

Das sollte allen Menschen in Deutschland Mut machen für den weiteren Weg. Denn es zeigt eins, was wir nicht unterschätzen sollten: Auch in der Globalisierung, auch mit einer offenen Volkswirtschaft haben wir es selbst in der Hand, was aus uns wird.

Dazu bedarf es physischer Voraussetzungen für Wirtschaftsleistung und die Verbesserung des materiellen Wohlstandes. Es bedarf allerdings auch der mentalen Einstellung, Wohlstand nicht nur zu schätzen, ja als gegeben zu konsumieren, sondern aktiv zu verfolgen. Das ist mehr als Bewahrung und Verteilung. Das ist Anstrengung – ein Wort, das uns Politikern mit dem schielenden Blick auf Popularitätskurven selten über die Lippen kommt.

Ich zitiere in diesem Zusammenhang Helmut Schmidt aus seinem jüngsten Buch: „Wir stehen vor der Alternative, entweder einen langsam fortschreitenden Verlust unseres Lebensstandards zu ertragen oder aber uns zu Leistungen zu befähigen ...“ Er fügt dann hinzu: „... zu Leistungen zu befähigen, welche einstweilen in Asien noch nicht vollbracht werden können.“

Wer jetzt sagt: „Na gut, wirtschaftlich hat sich manches ausgezahlt, was in den letzten Jahren an Reformen gemacht worden ist, aber es ist doch ziemlich ungerecht,

was damals und seitdem passiert ist,“ den möchte ich an die ungerechte Situation erinnern, die sich seit den 90er Jahren aufgebaut hat:

- Jahr für Jahr wurden immer mehr Menschen gegen ihren Willen in die Arbeitslosigkeit gedrängt: war das nicht ungerecht?
- Jahr für Jahr wurden mehr Menschen zum Teil gegen ihren Willen in die Frühverrentung gedrängt: war das nicht ungerecht?
- Jahr für Jahr stieg die Sozialabgabenlast als einzige Antwort darauf, die Sozialsysteme zukunftsfest zu machen: war das nicht ungerecht?
- Menschen, die dringend Hilfe brauchten, um einen Schul- oder Berufsabschluss zu machen, um wieder Arbeit zu finden, erhielten keine oder nur unzulänglich Hilfe: war das nicht ungerecht?
- Und junge Familien mit Kindern erhielten viel zu wenig Unterstützung für Betreuung, gleichzeitig beklagten damals schon alle den demografischen Wandel: war das nicht ungerecht?

Alle diese Ungerechtigkeiten gab es. Es gab hunderttausende Sozialhilfeempfänger, die weniger Geld bekamen als heute Hartz IV-Empfänger und die bei der Arbeitsplatzsuche nicht unterstützt wurden. Das war ungerecht.

In allen diesen Feldern hat sich vieles verbessert, wenn auch lange nicht alles gut genug ist. Aber wir haben einiges erreicht und wir sind auf dem richtigen Weg! Die Maßnahmen der letzten Jahre waren nicht nur wirtschaftlich richtig, sie haben auch zu mehr Teilhabe und deswegen mehr Gerechtigkeit geführt!

Die von einigen unterschlagene Frage lautet: Was wäre passiert, wenn nichts passiert wäre? Wir hätten immer neue Negativ-Rekorde bei Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Wirtschaftswachstum. Wir hätten immer mehr Menschen zurückgelassen. Und international hätten wir den Anschluss verpasst – mit Folgen für unsere Entwicklungs- und Zugangsmöglichkeiten.

Die negativen Artikel über Deutschland Anfang dieses Jahrzehnts sind doch in den tieferen Schichten unseres Gehirns noch abrufbar.

Seit Amtsantritt verfolge ich das Leitmotiv einer gestaltenden Finanzpolitik: Seit drei Jahren setzen wir gleichzeitig auf Wirtschaftswachstum und solides Haushalten, gleichzeitig auf mehr Zukunftsinvestitionen und weniger Schulden, gleichzeitig auf eine Stärkung der Wirtschaft und mehr Teilhabe für möglichst Viele. Daran halte ich fest.

Wirtschaftliches Umfeld

Konjunktur

Meine Damen und Herren,

Ich habe schon eingangs von den Spekulationen gesprochen: Kommt Sie, kommt sie nicht oder sind wir vielleicht schon mittendrin - in der Rezession?

Fakt ist: Mit einem Wirtschaftswachstum von 1,3 % im ersten Quartal ist die deutsche Wirtschaft besser in das laufende Jahr gestartet als von vielen erwartet.

Nun haben wir es - Sie alle wissen das - im zweiten Quartal mit einer knapp rückläufigen Entwicklung zu tun gehabt und es ist nach Lage der Dinge nicht auszuschließen, dass wir auch im dritten Quartal kein positives Wachstum haben werden – und schon hört man aus allen Ecken die Rufe des Entsetzens „Wir stecken in der Rezession!“.

Uns Deutschen geht offenbar die Fähigkeit ab, Entwicklungen zu ent-dramatisieren, sie mit kühlerem Kopf zu analysieren, Balance im Urteil und Vorgehen zu finden statt sofort *worst-case*-Szenarien zu entwerfen, die mit schöner Regelmäßigkeit im günstigsten Fall zum Untergang des Abendlandes führen.

Es gibt keinen Grund aufgrund eines unbestrittenen konjunkturellen Abschwungs Untergangsszenarien zu malen. Für das Gesamtjahr 2008 hält die Bundesregierung nach wie vor das von ihr prognostizierte Wachstum von 1,7% für realistisch. Und nicht nur sie. Die EU-Kommission schätzt sogar 1,8%.

Auch wenn das Wachstum im kommenden Jahr schwächer ausfallen dürfte, so kann von einer anhaltenden Rezession keine Rede sein. Auf den Punkt gebracht: Wir befinden uns in einem Abschwung, es gibt Abwärtsrisiken aus der internationalen Entwicklung, aber eine Wirtschaft mit positiver Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist nicht in einer Rezession!

Es sollten sich alle, die mit Lustgewinn das Gespenst einer Krise an die Wand malen, um ihre Wünsche nach Entlastungs- oder Ausgabenprogrammen zu begründen, ihrer Verantwortung bewusst sein.

Fakt ist und bleibt: Die deutsche Wirtschaft ist wesentlich wettbewerbsfähiger und robuster als vor 5 Jahren. Deswegen sollten wir bei der Analyse der aktuellen wirtschaftlichen Situation Maß halten.

Dazu gehört auf der Negativseite, dass die global verursachten Rekordpreise, die es bei Energie und Nahrungsmitteln gab und gibt, ihre Spuren beim privaten Konsum hinterlassen. Voraussichtlich wird die Inflation in diesem Jahr um die 3 Prozent liegen.

Gefühlt dürften die Menschen allerdings den Eindruck haben, dass es 10 Prozent sein könnten. Das hängt damit zusammen, dass gerade viele Güter des täglichen Bedarfs von Preissteigerungen betroffen sind: an der Zapfsäule oder im Supermarkt.

Ich sehe in diesen Preissteigerungen kein Übergangsphänomen, sondern eine weitere Stufe der Globalisierung. Bisher wirkte Globalisierung preisdämpfend, weil immer mehr Menschen in die Weltwirtschaft integriert wurden und zunächst in Ländern wie China, Indien oder Brasilien wenig Geld verdient haben. Die niedrigen Arbeitskosten konnten sich in niedrigen Preisen niederschlagen.

Seitdem die Menschen in den Schwellenländern aber zunehmend mehr Geld verdienen fragen Millionen Chinesen, Inder, Brasilianer und andere heute mehr und auch höherwertige Güter nach. Die wollen ein Auto, einen Eisschrank mehr Wohnraum – genau wie wir.

Gleichzeitig steigen die Arbeitskosten. Aus diesem doppelten Effekt der höheren Arbeitskosten und der weltweit gestiegenen Nachfrage ergibt sich ein bisher in der Globalisierung ungekannter Inflationsdruck, der anhalten wird. Es hat keinen Sinn, darum herum zu reden, dass sich globale Nachfrageniveaus und – strukturen massiv verändern, oder zu versprechen, dass nationale Politik dagegen Wirkungskraft entfalten könnte. Sie kann es nicht und es ist falsch, das den Menschen in Deutschland zu verschweigen, oder so zu tun, als ob man dagegen mit einem Konjunkturprogramm auf Pump angehen kann.

Ich will darauf noch einige Sätze verwenden: Wenn der Staat Fürsorgebereitschaft erklärt, ohne diese wirklich erfüllen zu können, weil das außerhalb seiner Reichweite oder Möglichkeiten liegt, dann führt das unerfüllbare Kompensationsversprechen letztlich zu Enttäuschungen der Bürger. Um den Sozialpsychologen Harald Welzer zu zitieren: „Keine Demokratie der Welt kann dafür einstehen, wenn Ressourcen knapper und damit teurer werden; wenn sie Vertrauen erhalten will, muss sie paradoxerweise sagen, dass sie es nicht kann.“

Im Übrigen liegt – so schmerzlich es sein mag – in diesen Preissignalen die Lösung: Verhaltensänderungen, Produkt- und Prozessinnovationen im Sinne höherer Energieeffizienz, modernerer Kraftwerkstechnik, Kraft-Wärme-Kopplung, Gebäudesanierung etc. Diese Signalwirkung sollten wir nicht durch Subventionen aushebeln. Wie sollten wir auch, wenn der Rohölpreis erstens wie ein Jojo schwankt – hoch auf fast 150 US\$ und nun wieder runter auf unter 100US\$ - und eines Tages vielleicht bei 180 bis 200 US\$ steht?

Die berechtigte Frage ist, warum denn im Abwärtstrend die Benzinpreise nicht ebenso elastisch sinken wie sie im Aufwärtstrend für die Verbraucher steigen?

Ich will meine tiefe Skepsis gegen nationale Konjunkturprogramme in 3 Argumenten schildern:

Erstens ist es nicht möglich, eine konjunkturelle Eintrübung, deren Ursachen eindeutig in globalen Preisschüben und Finanzmarktkrisen liegen, mit einem nationalen Konjunkturprogramm zu bekämpfen. Wer das versucht, verbrennt lediglich Steuergeld!

Und wofür? Dafür, dass ein Konjunkturprogramm von zum Beispiel stattlichen 10 Mrd. € gerade einmal 0,4 % des Bruttoinlandsprodukts der deutschen Volkswirtschaft entsprechen würde. Das ist viel zu wenig, um – selbst bei unterstellter 100%iger Nachfragewirksamkeit im Inland – einen nachhaltigen Konjunkturreffekt zu erzielen. Dafür ist unsere Volkswirtschaft zu groß, sie ist zu offen und das Konjunkturproblem ist global – alles wesentliche Gründe gegen das Verbrennen von Steuergeld.

Zweitens würde jede Abkehr vom notwendigen Konsolidierungskurs, die mit einem Konjunkturprogramm verbunden wäre, zwangsläufig zu gegenläufigen Entwicklungen führen.

Wir sollten hier nicht so tun, als wären wir mit der Finanzpolitik die einzigen, die handeln können.

Es wäre zu erwarten, dass wir die europäische Geldpolitik der EZB – gerade angesichts des derzeitigen Inflationsdrucks – zu einer restriktiveren Geldpolitik – sprich: zu Zinserhöhungen – veranlassen. Je nach Ausmaß würde diese die Konjunktur stärker belasten als ein Konjunkturprogramm beschleunigend wirken könnte! Dann hätten wir mit Zitronen gehandelt.

Drittens wäre es falsch, unseren bislang so erfolgreichen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs - die Kombination dauerhaft wachstumsfördernder Strukturreformen mit einer soliden Haushaltspolitik – zu verlassen und wieder ungebremst neue Schulden zu machen. Das wäre weder nachhaltig noch ist es notwendig, weil wir für dieses Jahr schon wesentliche Entlastungen auf den Weg gebracht haben, die zurzeit bereits konjunkturstabilisierend wirken.

Der konjunkturstabilisierende Gesamteffekt 2008

- aus der Initiative „Wachstum, Beschäftigung und Familienförderung“, einschließlich Elterngeld und Kinderzuschlag
- aus der Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 4,2 % auf 3,3 % sowie
- aus der Entlastung der Wirtschaft durch die Unternehmensteuerreform

beläuft sich insgesamt auf gut 18 Mrd. €!

Hinzu kommen Entlastungen für die Wirtschaft durch den Bürokratieabbau der Bundesregierung, zu dem auch mein Ressort substantiell beigetragen hat.

Mit diesen strukturellen Entlastungen von ca. 20 Mrd. € im laufenden Jahr, die nicht ganz 1 % des BIP ausmachen und die finanziert sind, bewegen wir uns relativ gesehen in etwa in der Größenordnung des im Frühjahr in den USA aufgelegten Konjunkturpakets von 150 Mrd. \$ bzw. 1 % des US-BIP. Wichtiger Unterschied: Bei uns geht es nicht vornehmlich um einen kurzfristigen Konjunkturstimulus, sondern um eine dauerhafte Stärkung des Wachstums.

Lage des Bundeshaushalts

Meine Damen und Herren,

genauso wie jeder Privathaushalt kann auch der Staat jeden eingenommenen Euro nur einmal ausgeben. Es kommt deshalb auf eine ausgewogene Balance an zwischen den drei Zielen

- Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung
- Investitionen in Zukunftsprojekte
- und gezielten, solide gegenfinanzierten Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger!

Mit anderen Worten kommt es auf eine gestaltende Finanzpolitik an, die Wachstumsförderung und die Verbesserung von Teilhabemöglichkeiten mit einer soliden Haushaltspolitik verbindet.

Wesentliches Markenzeichen der Großen Koalition ist die solide Haushalts- und Finanzpolitik, die gleichzeitig mit weniger Schulden auskommt und mehr Investitionen in die wichtigsten Zukunftsfelder vornimmt.

Ich freue mich deshalb, dass der vorliegende Entwurf zum Haushalt 2009 und zum Finanzplan bis 2012 unsere gemeinsame und erfolgreiche Finanzpolitik der letzten Jahre widerspiegelt. Das wichtige finanzpolitische Ziel der Großen Koalition – keine neuen Schulden ab 2011 - rückt damit in greifbare Nähe:

- 2009 sinkt die Nettokreditaufnahme mit 10,5 Mrd. € auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.
- 2010 wird sie mit 6 Mrd. € auf dem niedrigsten Wert seit 1974 (!) liegen und
- 2011 soll der Haushalt ohne neue Schulden ausgeglichen werden.
- 2012 soll der Bundeshaushalt erstmalig auch strukturell nahezu ausgeglichen sein.

Der Regierungsentwurf 2009 sieht Ausgaben in Höhe von gut 288 Mrd. € vor. Gegenüber dem Soll des laufenden Jahres ist dies ein Plus von rd. 5,2 Mrd. €; das sind nur 1,8 % mehr.

Dieser geringe Ausgabenanstieg - und das ist eine zentrale Botschaft des Haushaltsentwurfes - liegt deutlich unter dem erwarteten Anstieg des nominalen BIP.

Der Staat hält sich weiter zurück, die Staatsquote wird auch im nächsten Jahr weiter sinken. Sie liegt bereits in diesem Jahr unterhalb der Staatsquote von Großbritannien, dessen angloamerikanisch ausgeprägtes Ordnungsmodell mir gelegentlich wie eine Monstranz entgegengehalten wird. Das Gerede über die krakenhafte Ausdehnung des Staates in Deutschland ist interessengeleitetes Gerede, abgesehen davon, dass mir noch niemand eine objektiv angemessene Staatsquote definieren konnte.

Wichtig ist auch, dass sich ein Teil der Ausgabensteigerung aus Sondereffekten ergibt, die direkt gegenfinanziert sind:

- Ausgaben von jährlich insgesamt 600 Mio. € für internationale und nationale Klimaschutzprogramme werden aus den Versteigerungserlösen von CO₂-Emissionszertifikaten ab 2009 finanziert.
- Zusätzliche Investitionen im Verkehrshaushalt von 1 Mrd. € allein in 2009 werden aus der geplanten Erhöhung der Maut finanziert.

Ohne diese Sondereffekte liegt die Gesamtausgabensteigerung nur bei rund 1,3% gegenüber 2008. Auch im Finanzplanzeitraum bis 2012 wachsen die Ausgaben jahresdurchschnittlich nur um nominal etwa 1,5%.

Das heißt zusammenfassend: Die Große Koalition steht für einen immer effizienteren, immer solider finanzierten Staat, der für seine Aufgabenerfüllung einen geringeren Teil der gesamtwirtschaftlichen Ressourcen – auch von seinen Steuerbürgerinnen und –bürgern - beansprucht.

Besonders freue ich mich, dass uns dieser verhältnismäßig geringe Ausgabenanstieg gelungen ist, obwohl wir die zusätzlichen Belastungen

- aus der diesjährigen Tarif- und Besoldungsrunde mit einer zusätzlichen Bruttobelastung von rd. 2 Mrd. € pro Jahr
- und die jährlich um 1,5 Mrd. € ansteigenden Bundeszuschuss an die GKV

stemmen mussten.

Meine Damen und Herren,

ich weiß, dass um die Steuermehreinnahmen der letzten Jahre gerne Legenden gebildet werden, zum Beispiel die, dass der Bundesfinanzminister wie der geizige Milliardär Dagobert Duck in seinen Golddukaten bade und sehr wohl über die nötigen Mehreinnahmen und damit zusätzlichen Verteilungsspielraum verfüge.

Da werden dem Staat – von Politik und Medien – im gleichen Atemzug gigantische Mehreinnahmen und bodenlose Abzocke der Bürgerinnen und Bürger unterstellt, um Erregungswellen, respektive Auflage zu produzieren.

Nur: bei genauerem Hinsehen entpuppen sich die meisten der aufgemachten Berechnungen als Milchmädchenrechnungen:

- Es ist eine Mär, dass der Staat an den Preissteigerungen bei Kraftstoffen verdient. Fakt ist: Die Steuerbelastung des Kraftstoffverbrauchs hat sich seit 2004 trotz steigender Kraftstoffpreise nicht verändert. Für 2008 rechnen wir mit einem Steuermehraufkommen auf Kraftstoffe von allenfalls 300 Mio. €. Damit wäre gerade wieder das Niveau von 2004 erreicht.

Es ist nicht der Staat, der bei den steigenden Benzinpreisen mit entsprechend sprudelnden Steuern hinlangt. Es sind Energiekonzerne, die höchste Quartalsgewinne in ihrer Geschichte erzielen oder Rekordsteigerungen in Jahresvergleichen! Es würde allen besser gehen, wenn die Konzerne einen Teil ihrer unglaublichen Zusatzgewinne über niedrigere Preise wieder den Konsumenten zurückgeben würden. Ich habe nie verstanden, warum sich die Politik manchmal Schuhe anzieht, die gar nicht in ihrem Schrank stehen.

Ich will noch einmal festhalten: Entgegen landläufiger Meinung ist das Aufkommen aus Energiesteuern insgesamt 2007 gegenüber 2006 um 2,4% gesunken. Und in den ersten Monaten 2008 setzt sich dieser Trend fort. Also gibt es hier keine zusätzlichen Verteilungsspielräume.

- Genauso maßlos überzogen dargestellt werden die Auswirkungen der so genannten „kalten Progression“. Ein Beispiel: Ein Single mit einem zu versteuernden Einkommen von 25.000 € wird bei einer inflationsgetriebenen Einkommenssteigerung von 3% mit weniger als 10 € pro Monat steuerlich belastet. Bei einem Ehepaar mit einem zu versteuernden Einkommen von 40.000 € sind es knapp 14 € pro Monat.

Tatsächlich gibt es einen Begriffswirrwarr: von vielen gemeint ist gar nicht der inflationsgetriebene Staubsaugereffekt zu Lasten des Nettoeinkommens, sondern der tarifbedingte Effekt – also die im Tarifverlauf schnell wachsende Grenzbesteuerung für mittlere Einkommensbezieher.

Ja, erstens sollte die Politik da präziser werden. Und zweitens halte auch ich das für ein Problem, dessen Beseitigung über den so genannten Mittelstandsbauch aber nicht unter 22 Mrd. € zu haben ist. Einen solchen Einnahmeverlust ohne Verwerfun-

gen annähernd zu verkraften, kann erst Thema werden, wenn der Bundeshaushalt keine neuen Schulden mehr macht.

Mehr Netto für unsere Kinder heißt meine Devise.

- Ähnliche Verzeichnungen gibt es auch zur Entfernungspauschale. Sie wirkt sich – wegen des Arbeitnehmer-Pauschetrags von 920 € - für die Masse der Berufspendler – rein rechnerisch für alle mit bis zu rd. 14 km Fahrtstrecke – gar nicht aus! Von einer Wiedereinführung der Pendlerpauschale würden lediglich rund 1/7 der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler profitieren. Bezahlen müssten dafür aber alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Führen wir uns selbst und die Bürger doch auch in Wahlkämpfen nicht hinter die Fichte: Der Löwenanteil der Steuermehreinnahmen resultiert aus der verbesserten Situation auf dem Arbeitsmarkt und dem höheren Wirtschaftswachstum. Mehr Beschäftigte können überhaupt Steuern zahlen und die Unternehmen machen höhere Gewinne. Das sind die Hauptquellen der Mehreinnahmen und nicht eine relativ höhere Belastung der Bürgerinnen und Bürger.

Anders ausgedrückt: Der Anteil von Steuern und Abgaben am Bruttoeinkommen ist von 1999 bis 2007 nahezu für alle Bürgerinnen und Bürger - bezogen auf das gleiche Einkommen – gesunken. Dass es andere Faktoren gibt, die den Geldbeutel geschmälert haben, stelle ich damit nicht in Abrede. Aber auch hier tut Aufklärung Not – und nicht Propaganda.

Meine Damen und Herren,

möglichst rasch keine neuen Schulden mehr aufnehmen zu müssen, ist das eine Ziel der gestaltenden Finanzpolitik der Großen Koalition. Das andere Ziel ist der Umbau der öffentlichen Ausgaben hin zu mehr Zukunftsinvestitionen.

Deswegen ist es richtig, dass wir mit dem Haushalt 2009 und dem Finanzplan bis 2012 allein für mehr „Forschung und Entwicklung“, aber auch für den international wichtigen Bereich der „Entwicklungshilfe“ insgesamt zusätzlich 1,25 Mrd. € pro Jahr ausgegeben werden. Wenn jemand glaubt, dass dies keine wichtigen Zukunftsinvestitionen seien – wir diese Summe also hätten einsparen sollen -, dann steht er in der Bringschuld einer schlüssigen Begründung. Der oppositionelle Reflex, es müsste schneller, radikaler, schneidiger konsolidiert werden, reicht nicht.

Wichtig ist mir die Balance: Sowohl so schnell wie möglich keine neuen Schulden mehr zu machen, als auch in die Zukunftsfelder wie Bildung, Forschung, Kinderbetreuung und Infrastruktur mehr zu investieren. Nur wenn das gelingt, gilt der Zusammenhang: „Keine Schulden. Alle Chancen“.

Von den 160 Mrd. € Mehreinnahmen des Bundes seit 2005 haben wir mehr als die Hälfte [55 %] für die Rückführung der strukturellen Finanzierungslücke im Bundeshaushalt verwendet. Und weitere 12 % der Mehreinnahmen haben wir in Zukunftsgebiete wie Forschung und Entwicklung, Entwicklungshilfe, Verkehr und Familie investiert.

Darüber hinaus haben wir allein in diesem Jahr Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen um rund 20 Mrd. € entlastet.

Mir ist sehr bewusst, dass die zunehmenden Preissteigerungen trotz der höheren Löhne viele Menschen ebenso belasten wie sie das erfolgreiche Wirtschaften vieler Mittelständler erschweren. Dagegen helfen keine Konjunktur-Strohfeuerprogramme, sondern nur solide gegenfinanzierte Entlastungen.

Deswegen will ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass weitere gezielte und gegenfinanzierte Entlastungen im zweistelligen Milliardenbereich auf der Tagesordnung der Beratungen der Großen Koalition stehen:

Erstens die Familienförderung: Mit Blick auf den kommenden Existenzminimumbericht haben wir eine haushalterische Vorsorge für den Bund in Höhe von 1 Mrd. € jährlich getroffen, das sind Entlastungen von rund 2 Mrd. €, auf den Gesamtstaat bezogen.

Was die konzeptionelle Ausrichtung der Familienleistungen betrifft, gibt es Beratungsbedarf.

Auch die jüngste repräsentative Umfrage, die meinem Ministerium vorliegt, bestärkt mich in meiner Grundhaltung: Mit großem Abstand wünschen sich die Menschen einen weiteren Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder [54 %]. Das ist ihnen wichtiger als mehr Kindergeld [17 %].

Auf die Frage: „Was ist Ihnen wichtiger, 10 Euro mehr Kindergeld oder mit der gleichen Summe 25.000 neue Kindergärtnerinnen einstellen?“ entscheiden sich über 80 Prozent für die 25.000 Kindergärtnerinnen. Denn nur so können Beruf und Familie besser koordiniert werden!

Noch ist nicht klar, wie wir das Geld für die Familien ausgegeben werden. Meine Skepsis gegenüber dem Kindergeld kennen Sie. Auch weil ich es für ungerecht halte, dass Familien mit höheren Einkommen über den Kinderfreibetrag mehr Geld für ihre Kinder bekommen, als Familien aus den Mittelschichten und unteren Einkommensgruppen, die nur Kindergeld erhalten.

Mein Ministerium hat die Idee eines Kindergrundfreibetrags geprüft, mit der wir mit dieser Ungerechtigkeit aufräumen könnten. Nicht der Kinderfreibetrag, sondern ein Kindergrundfreibetrag stellt sicher, dass steuerlich jedes Kind gleich viel zählt – unabhängig vom finanziellen Status der Eltern. Für mich ist das ein Gebot der (Steuer-)Gerechtigkeit! Dieser Vorschlag wird daher zu debattieren sein.

Zweite Entlastungsmaßnahme wird die uns vom Bundesverfassungsgericht auftragene bessere steuerliche Absetzbarkeit von Krankenversicherungsbeiträgen sein - und selbstverständlich wird sich das auch auf die Mitglieder der GKV erstrecken.

Diese Entlastungsmaßnahme wird den Gesamtstaat jährlich 8-9 Mrd. € kosten. Wir planen, nur einen vergleichsweise geringen Anteil dieser Entlastungen durch Belastungen an anderer Stelle gegenzufinanzieren. Damit will ich verhindern, dass einzelne Bürgerinnen und Bürger, die vielleicht nur eine geringe Entlastung haben, durch die Gegenfinanzierung wieder belastet würden.

Drittens steht eine weitere Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung in Rede. Über die Höhe der weiteren Absenkung wird zu reden sein. Sie darf nicht soweit gehen, dass darunter die Arbeitslosen leiden, die auf die Leistungen der BA angewiesen sind, oder die Bundesagentur je wieder in Verlegenheit gebracht wird, dass der Bund ihr einen Zuschuss oder ein Darlehen gewähren muss.

Viertens wird die vom Kabinett bereits beschlossene Verbesserung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung bei voller Jahreswirkung zu einem jährlichen Entlastungsvolumen von ca. 230 Mio. € führen.

Fünftens könnte ich mir vorstellen, dass wir die Erhöhung des Wohngeldes zum 1.1.2009, mit der 810.000 Haushalte jährlich um insgesamt 520 Mio. € entlastet werden, auf den 1. Oktober 2008 vorziehen. Damit könnten wir gezielt dazu beitragen, dass die deutlichen Preissteigerungen bei Energie für Bedürftige leichter getragen werden können.

Sechstens laufen bereits die Ressortgespräche über eine Vereinfachung und weitere Entlastung für die privaten Haushalte als Auftraggeber und Arbeitgeber.

Wie hoch dieses Entlastungspaket auch immer ausfallen wird, es wird solide gegenfinanziert sein müssen.

Finanzmarktkrise

Meine Damen und Herren,

zum aktuellen wirtschaftlichen Umfeld gehört auch die globale Finanzmarktkrise, die natürlich auch Deutschland belastet.

Um wie viel schwer wiegender die Auswirkungen allerdings sein könnten, zeigt der Blick in die USA und nach Großbritannien, wo Hypothekenfinanzierer zusammengebrochen und weitere Finanzinstitute in existentielle Nöte gekommen sind.

Ausgerechnet in den traditionell marktwirtschaftlich geprägten angelsächsischen Ländern wussten sich die Verantwortlichen nicht anders als mit Verstaatlichungen zu helfen! Ich habe mir gelegentlich vorgestellt, welche Reaktionen es wohl bei uns gegeben hätte, wenn ein sozialdemokratischer Finanzminister für die Verstaatlichung einer Bank eingetreten wäre.

Im Falle von Northern Rock und auch bei Fannie Mae und Freddie Mac konnte der Zusammenbruch nur noch durch die (quasi-) Verstaatlichung - die US-Regierung nennt das „Conservatorship“ - abgewendet werden. Dadurch sind die britischen und amerikanischen Steuerzahler zu 100% in Haft genommen worden. Ich bin froh, dass es uns in Deutschland gelungen ist, dies zu verhindern.

Dabei fällt übrigens auf, dass in dem einen Fall – den USA – die milliardenschweren Rettungsaktionen als Beleg für die Tatkraft und Handlungsfähigkeit der Regierung belobigt werden, während im anderen Fall – Deutschland – vornehmlich von der Vernichtung von Steuergeldern die Rede ist, was ja ein bodenloses Versagen der Handelnden insinuiert.

Das US-Budgetdefizit dürfte auf 4,2% des Bruttonominalprodukts, also auf über 600 Milliarden US-\$, wachsen. Mit Lehman Brothers ist gestern die viertgrößte Bank der USA in die Insolvenz gegangen. Die Rettungsversuche über das Wochenende sind gescheitert. Weitere Institute in den USA, Banken wie Versicherungen, stehen unter Druck. Wir erleben gegenwärtig die größte Finanzmarktkrise aller Zeiten in den USA.

Obwohl diese Finanzmarktkrise zweifellos das größte konjunkturelle Risiko auch für die deutsche Volkswirtschaft darstellt, halte ich die möglichen Auswirkungen auf uns nach Erkundigungen und Gesprächen mit dem Bundesbankpräsidenten, Professor Weber, für begrenzt. Nach den uns vorliegenden Informationen bewegen sich die finanziellen Engagements deutscher Kreditinstitute bei der Lehman Brothers Holding, die einen Antrag auf Gläubigerschutz gestellt hat, in einem überschaubaren Rahmen und sind verkraftbar.

Klar ist: Diese Finanzmarktkrise ist weltweit die schwerste seit Jahrzehnten – und sie ist nicht vorbei. Meine Warnungen haben sich diesbezüglich leider bestätigt.

Dass die Finanzmarktkrise Auswirkungen auf die Realwirtschaft hat, ist ebenso klar. Wie stark, hängt von der Antwort auf die Frage ab, ob und wie deutlich die Banken ihre Kreditvergabe einschränken werden.

In den USA sind die Kreditkonditionen seit Ausbruch der Krise deutlich verschärft worden; auch im Euroraum ist ein Anziehen der Konditionen zu verzeichnen. In der Folge ist in den USA vor allem die Kreditvergabe an Privatpersonen zurückgegangen. Fallweise scheint dies auch in Europa der Fall zu sein.

Insgesamt - und das ist eine gute Nachricht - ist das Kreditwachstum in Europa aber kaum beeinträchtigt. In Deutschland verdanken wir das nicht zuletzt den Sparkassen.

Die deutschen Sparkassen haben – trotz eingetrübter Konjunktur und Finanzkrise im ersten Halbjahr sogar wesentlich mehr Kredite an Unternehmen vergeben als im gleichen Zeitraum des Vorjahres! Die hierdurch erzielte Stabilität ist ein Vorzug des manchmal gescholtenen Drei-Säulen-Bankensystems in Deutschland, den wir nicht gering schätzen sollten.

Deshalb unterstreiche ich an dieser Stelle noch einmal, dass ich den öffentlich-rechtlichen Charakter der Sparkassen in Deutschland für einen Standortvorteil halte – im Sinne des Wettbewerbs, der Mittelstandsfinanzierung, der Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger und der Flächenversorgung mit Finanzdienstleistungen, die nicht einer Gewinnmaximierungsstrategie geopfert werden.

Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen gehören zur Rechts- und Eigentumsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Sie sind im europäischen Vertragsrecht und durch zwischenzeitliche Verständigungen mit der Kommission abgesichert. Die auch nur indirekte Gefährdung ihres Status wird die Bundesregierung nicht hinnehmen können.

Ich will in dieser Passage allerdings auch nicht meine Enttäuschung darüber verhehlen, dass es bisher nicht zu einer weiteren Konsolidierung bei den Landesbanken gekommen ist.

Es kann nicht sein, dass die Sparkassen als Rückgrat des deutschen Mittelstands möglicherweise dafür in Mitleidenschaft gezogen werden, dass es zur rechten Zeit aus politischer Kurzsichtigkeit nicht zu einer horizontalen Fusion unter Landesbanken gekommen ist. Mit etwas mehr politischer Weitsicht hätten wir heute nicht die Probleme mit der Europäischen Kommission bei der WestLB.

Was wir auf den Finanzmärkten erleben, ist atemberaubend und zerstört bei vielen Menschen den Glauben in die Integrität und Stabilität des Finanzsektors. Ich bin darauf und die Notwendigkeit, auf internationaler Ebene eine stärkere und effektivere Regulierung zu verankern, in einer Regierungserklärung im Frühjahr dieses Jahres eingegangen. Im Rahmen dieser Haushaltseinbringungsrede muss ich mich daher auf einige wenige Bemerkungen beschränken, obwohl die Wucht und die Komplexität dieses Themas eigentlich eine intensivere Beschäftigung verlangt.

Helmut Schmidt benutzte anlässlich seiner Rede zum 90. Geburtstag von Berthold Beiz in der Villa Hügel im Jahr 2003 erstmals den Begriff des Raubtierkapitalismus. In der Tat sind Exzesse, Zügellosigkeiten und maßlose Übertreibungen festzustellen, die den Finanzdienstleistungssektor nachhaltig beschädigen können.

Das sollte man nicht mit Häme oder aus einem plumpen antikapitalistischen Reflex kommentieren, weil dieser Finanzdienstleistungssektor inzwischen nicht nur ein überragender Wirtschaftsfaktor ist, sondern von einer erheblichen Bedeutung für unsere Realwirtschaft. Allerdings sind auch die Apologeten einer rigiden Marktwirtschaft widerlegt worden. Erkennbar ist der Markt alleine nicht in der Lage und befähigt, spekulative Zügellosigkeit mit einem selbstzerstörerischen Charakter zu verhindern oder einzudämmen.

In der schon zitierten Rede von Helmut Schmidt auf Berthold Beiz führte er aus: „In den 90er Jahren haben private Habgier und Rücksichtslosigkeit, Machtgier und auch Größenwahn einen allzu großen Einfluss auf das Verhalten mancher Manager ausgeübt – nicht bloß in den USA, auch bei uns. Undurchsichtige Bilanz- und Finanzkunststücke und sagenhafte Selbstbereicherung sind leider ziemlich häufig und ziemlich marktgängig geworden.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Außer der Tatsache, dass es Deutschland während seiner G7- und EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 gewesen ist, welches das Thema einer stärkeren Regulierung der Finanzmärkte auf die Tagesordnung gesetzt hat. Immerhin mit dem Erfolg, dass internationale Gremien jetzt – in dem Entsetzen über die Finanzkrise – weit reichenden Maßnahmen zur Krisenprävention zugestimmt haben und zielstrebig die Umsetzung dieser Maßnahmen betreiben.

Auf die Vorschläge des Financial Stability Forums zu Eigenkapitalunterlegungen, Liquiditätsstandards, Transparenz, Rating-Agenturen oder das Risikomanagement von Banken, die im April von den G7-Ländern in Washington ebenso wie im ECOFIN angenommen und – teilweise in einem 100-Tage-Programm – umgesetzt werden, will ich aus Zeitgründen nicht noch einmal eingehen.

Das jüngste informelle Treffen der Europäischen Finanzminister hat sich Ende letzter Woche intensiv mit der Einführung einer Gruppenaufsicht für grenzüberschreitende Bank- und Versicherungsinstitute befasst.

IKB-Rettung/Verkauf

Meine Damen und Herren,

ich wage zu behaupten, dass wir in Deutschland weit stärker von der Finanzkrise in Mitleidenschaft gezogen worden wären, wenn wir die Hände in den Schoß gelegt hätten und die IKB sehenden Auges in die Insolvenz hätten laufen lassen.

Zur Rettung der IKB gab es zu keinem Zeitpunkt eine vertretbare Alternative - schlicht und einfach, weil die Risiken für den gesamten deutschen Finanzmarkt und auch das Vertrauen ausländischer Akteure in diesen einfach zu hoch waren!

Eine Verstaatlichung wie in Großbritannien oder den USA kam für uns zu keinem Zeitpunkt in Frage. Auf der anderen Seite mussten wir befürchten, dass eine Insolvenz der IKB zu gefährlichen Dominoeffekten geführt hätte – nicht zuletzt wegen der hohen IKB-Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken, Auswirkungen auf Kredit-Konditionen für die Wirtschaft und Refinanzierungs-Bedingungen anderer Institute auf breiter Front.

Das alles wäre den Steuerzahler teurer zu stehen gekommen als die Stützungsmaßnahmen – und das wollten mein Kollege, BM Glos, und ich nicht.

Vor diesem Hintergrund bin ich froh, dass die KfW inzwischen die IKB an Lone Star verkaufen konnte. Insgesamt hat Lone Star den besseren Kaufpreis geboten und das überzeugendere strategische Konzept vorgelegt. Die beiden beteiligten Häuser – BMWi und BMF – sind gerne bereit, dazu in den Ausschüssen weiter zu berichten.

Perspektive über den Konjunkturzyklus hinaus

Meine Damen und Herren,

„Wer das Morgen nicht bedenkt, wird Kummer haben, bevor das Heute zu Ende geht“.

Auch wenn diese alte Weisheit des chinesischen Philosophen Konfuzius als Hilfestellung für den Einzelnen auf seinem Weg zu einem edleren Menschen gedacht war, ist sie auch für die moderne Wirtschaft und Politik eine wertvolle Orientierung. Denn sie fordert nicht mehr und nicht weniger, als auf die Nachhaltigkeit des eigenen Handelns zu achten.

Für den Finanz- und Wirtschaftspolitiker bedeutet diese Weisheit auch, dass er - wenn er eine zukunftsfeste Politik für sein Land machen will - über den eigenen Tellerrand hinausschauen und sich einen Eindruck verschaffen muss, was um uns herum passiert.

Angesichts der beeindruckenden Dynamik, die ich bei meinen Reisen auch unter Begleitung von Abgeordneten dieses Hauses beobachten kann, hat sich mein Ein-

druck verstärkt, dass wir Zeugen einer massiven, von der Globalisierung getragenen Neuverteilung des weltweiten Wohlstands werden.

Die Globalisierung ist irreversibel. Wir müssen sie annehmen mit dem Anspruch, sie mit zu gestalten.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas von der Forderung der Linkspartei beeindruckt zeigen könnte, man möge doch das Rad der Globalisierung anhalten.

Dank Globalisierung haben inzwischen Milliarden Menschen - gerade in den Schwellenländern - die Chance, sich zum ersten Mal aus eigener Kraft aus der Armut befreien und sich einen eigenen Wohlstand aufbauen zu können. Dadurch wächst der weltwirtschaftliche Kuchen, was wiederum für uns Deutsche bedeutet, dass wir davon profitieren können, wenn wir uns mit jenen Eigenschaften aufstellen, die zu unserem eigenen Aufstieg beigetragen haben.

Die Zahlen sind eindrucksvoll:

Allein in China zählen zwischenzeitlich 200 Mio. Menschen zur Mittelschicht. Schätzungen gehen dahin, dass es bis zum Jahr 2020 schon rund 700 Mio. Menschen sind. Das birgt ein immenses Potenzial.

Auch deshalb bin ich der Meinung, dass die mittel- bis langfristigen Aussichten für die deutsche Wirtschaft deutlich besser sind, als es die Skeptiker nahe legen.

Für uns bedeuten die globalen Trends eben nicht nur steigende Preise bei Rohstoffen und Nahrungsmitteln – sie bedeuten wegen des steigenden Wohlstands in den Schwellenländern auch mehr Nachfrage nach Hochtechnologie und vor allem auch nach allen Verfahren oder Prozessen, die zu einer Entkoppelung von Wirtschaftswachstum einerseits und Ressourcenverbrauch andererseits beitragen. Damit verbinden sich enorme Chancen für die deutsche Wirtschaft.

Voraussetzung dafür ist auch, dass wir Deutsche uns auf Stärken rückbesinnen, die wir jahrzehntelang hatten – in Ost- wie in Westdeutschland. Ich meine den Willen, etwas aufzubauen, gründlicher und zuverlässiger als andere zu arbeiten und darüber den Spaß und die Freude an Neuem, an Veränderung nicht zu verlieren.

Eigentlich sind das alles Tugenden, die uns über Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte ausgezeichnet haben und die wir pflegen müssen, wenn wir als 80-Millionen-Volk in einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft mit mehreren Milliarden Menschen nicht nur bestehen wollen, sondern unseren Wohlstand halten, möglichst steigern wollen.

Was angesichts der Globalisierung, der zunehmenden Alterung unserer Gesellschaft und nach wie vor knapper öffentliche Finanzen gewiss kein Zukunftsversprechen birgt, ist eine Haltung, nach der das Wachstum der Wirtschaft gewissermaßen etwas Urwüchsiges, Automatisches zu sein scheint, von dem alle gerne profitieren wollen, ohne sich über seine Voraussetzungen Gedanken zu machen.

Das Bild von dem Boot, in dem wir alle sitzen, ist überstrapaziert, aber nicht falsch. Das Problem ist, dass unser Boot nicht auf einem stehenden, ruhigen Gewässer schwimmt, sondern in einer sehr dynamischen Strömung – sobald wir aufhören zu

rudern, werden wir - ob wir wollen oder nicht - von der Strömung zurückgetrieben und es ist nicht ausgeschlossen, dass dabei unser Boot – respektive unsere Gesellschaft - zerrissen wird.

Meine Damen und Herren,

vernünftige Antworten auf die beschriebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen sind mit Sicherheit nicht im Populismus, einer Realitätsverweigerung, einer internationalen Isolierung unseres Landes oder in der Flucht in die Kategorien des alten Nationalstaates zu finden.

Wenn ich mir die Politikangebote der Linkspartei zu Wirtschaft und Finanzen angucke – soweit diese nicht überwiegend aus bloßen Verweigerungen bestehen; ein Programm haben sie jedenfalls nicht –, dann verfolgt sie eine antike nationalökonomische Vorstellung als Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung. Ihre protektionistischen Vorstellungen laufen für ein Land wie Deutschland, das sage und schreibe 40 % seines Bruttosozialprodukts in Außenwirtschaftsbeziehungen generiert, auf massive Wohlstandsverluste hinaus.

In der Sozialpolitik verfolgt die Linkspartei einen Sozialstaatskonservatismus, der einerseits Millionen von Menschen als „Opfer“ in einer allumfassenden Alimentation gefangen hält und der andererseits ohne erhebliche Belastungen auch und gerade einer noch solidaritätsbereiten Mittelschicht nicht zu finanzieren ist. Die Linkspartei hat ein Menschenbild, nach dem es nur kleine, schwache, arme Menschen gibt, denen mit gigantischen Staatsprogrammen in jeder Lebenslage geholfen werden muss. Dieses Bild nimmt Menschen ihre Würde, degradiert sie zu Bittstellern, Abhängigen, Verlierern. Das ist falsch!

Die haushalts- und finanzpolitischen Positionen der Linksparteien stehen allen Bemühungen um eine Konsolidierung der Staatsfinanzen – vor allem im Interesse einer größeren Generationengerechtigkeit – diametral entgegen. Die vorliegenden finanzpolitischen Vorschläge der Linkspartei führen zu Mehrbelastungen von 155 Mrd. €, dafür soll der Beitrag zur Rentenversicherung auf 28% angehoben werden. Das sind 60% eines Jahreshaushalts des Bundes. Selbstredend ließe sich das nicht über eine noch so konfiskatorische Reichensteuer finanzieren. Nein, es liefe auch im internationalen Vergleich auf eine leistungsfeindliche Steuer- und Abgabenbelastung schon für die untere Mittelschicht hinaus.

Ich will im Rahmen dieser Rede deutlich unterstreichen, dass meine Partei, die SPD, nicht linkspopulistischen Vorgestirten die Deutungshoheit über eine zeitgemäße Politik einräumen darf.

Wir stehen für eine Politik, die gleichzeitig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und den Zusammenhalt der Gesellschaft gewährleistet. Das unterscheidet uns fundamental: Wir Sozialdemokraten wollen freie, selbstbewusste und solidarische Bürgerinnen und Bürger unterstützen. Wir sehen die Menschen nicht als Opfer der Globalisierung oder eines internationalen Finanzkapitals, sondern als Bürger, denen bei der Bewältigung der Veränderungen geholfen werden muss, die befähigt werden müssen.

Fazit / Vergewisserung für das letzte Jahr der Legislaturperiode

Meine Damen und Herren,

die Konsolidierung der Staatsfinanzen über eine solide Haushalts- und Finanzpolitik ist und bleibt *das* Markenzeichen dieser Großen Koalition und niemand wird ernsthaft bestreiten, dass wir bei diesem Langlauf einen guten Zwischenstand erreicht haben.

Ich bin davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten, die bisher erzielten Konsolidierungserfolge nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Denn die Menschen wissen aus ihrem privaten Umfeld ganz genau: Niemand kann auf Dauer über seine Verhältnisse leben. Und kein Unternehmen kann sich auf Dauer erfolgreich am Markt behaupten, wenn die notwendigen finanziellen Spielräume für Investitionen durch immer größere Zinslasten aufgeessen werden.

Es ist uns in den letzten Jahren gelungen, eine Umkehr beim Schuldenaufbau zu bewerkstelligen. Aber wie können wir sicherstellen, dass wir diesen Weg dauerhaft einschlagen? Können wir uns allein auf die Einsicht von Gesellschaft und Politik verlassen?

Ich denke nein! Denn wie illustre Steuerentlastungskonzepte der vergangenen Wochen und Monate zeigen, müssen wir immer damit rechnen, dass ein politischer oder gesellschaftlicher Konsens durch die Mobilisierung von Partikularinteressen bricht.

Deshalb plädiere ich dafür, dem Staat eine klare grundgesetzliche Regelung für seine Kreditaufnahme aufzuerlegen. Ich will eine Schuldenbremse einführen, die den jetzigen Artikel 115 mit den Schwächen seines Anreiz- und Sanktionsmechanismus' ersetzt. Nicht um den Gestaltungsanspruch des Staates zu beschneiden, sondern um im Gegenteil seine Handlungsfähigkeit nachhaltig zu sichern.

Dieses Projekt kann nur die Große Koalition leisten – niemand sonst. Wir können etwas leisten, auf dem die nachkommenden Generationen in den nächsten Jahrzehnten aufbauen können und auf das wir stolz sein können.

Es sollte uns allen eine Verpflichtung sein, dieses große Projekt zu einem guten Abschluss in dieser Legislaturperiode zu bringen.

Meine Damen und Herren,

eine gestaltende und Zukunft gewinnende Finanzpolitik lässt sich nicht nur nach Adam Riese gestalten. Aber kein Rechenwerk, auch dieser Haushalt, kommt am Ende ohne ihn aus. Wenn der dicke Strich unter alles gezogen wird, dann gibt es kein Ausweichen mehr: Soll oder Haben, Plus oder Minus. Dann wird das Jonglieren mit ungedeckten Schecks zur Finanzierung von Wunschlisten entzaubert. Dann erklärt sich Finanzpolitik auch arithmetisch. Es erfüllt mich mit Genugtuung, dass die Bundesregierung den Kurs bestätigt und fortsetzt, ab 2011 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Und das ist die einzige Null, auf die wir alle in dieser Großen Koalition stolz sein dürfen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!